



## Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

*Referat von Fabio Regazzi, Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Ernährungsinitiative betrifft weit mehr als die Landwirtschaft. Sie betrifft unsere Freiheit, unsere Regionen und die Frage, wie viel Vertrauen wir den Bürgerinnen und Bürgern entgegenbringen. Ich möchte mich heute insbesondere an jene Menschen richten, die noch unentschlossen sind. Viele teilen die Ziele der Initiative: eine nachhaltige Landwirtschaft, hohe Qualitätsstandards und einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Diese Ziele teile auch ich. Die Frage ist jedoch, ob diese Initiative der richtige Weg ist. Ich bin überzeugt: Nein.

Die Initiative setzt auf staatliche Lenkung statt auf Eigenverantwortung. Sie geht davon aus, dass Politik und Verwaltung besser wissen, was produziert und konsumiert werden soll. Ich halte das für einen grundsätzlichen Irrtum. In einer freien Gesellschaft sollen die Menschen selbst entscheiden können, wie sie sich ernähren möchten. Nachhaltigkeit entsteht durch Überzeugung und Innovation – nicht durch immer neue politische Vorgaben. Die Initiative betrifft zudem nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Tausende von kleinen und mittleren Unternehmen entlang der gesamten Lebensmittelkette. Von der Verarbeitung über das lokale Gewerbe bis hin zur Gastronomie wären viele KMU mit zusätzlichen Vorgaben, Kontrollen und administrativen Belastungen konfrontiert. Gerade in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten sollten wir unsere Betriebe stärken, statt sie mit neuer Bürokratie zu belasten.

Besonders problematisch ist die Initiative für die Berg- und Randregionen unseres Landes, insbesondere für das Tessin. Viele landwirtschaftliche Flächen im Tessin sind steil und für den Ackerbau ungeeignet. Sie können nur durch Tierhaltung sinnvoll genutzt werden. Rinder, Schafe und Ziegen machen aus Gras und Weideflächen wertvolle Lebensmittel. Gleichzeitig sorgen sie dafür, dass unsere Kulturlandschaften erhalten bleiben. Ohne Beweidung würden viele dieser Flächen verbuschen und langfristig aufgegeben. Damit gingen nicht nur landwirtschaftliche Produktionsflächen verloren, sondern auch ein wichtiger Teil unserer regionalen Identität und unserer touristischen Attraktivität.

Chi indebolisce l'allevamento, indebolisce quindi anche la gestione sostenibile delle nostre regioni montane, territori che mantengono un'importanza centrale anche in questa Svizzera urbanizzata.

Hinzu kommt die Frage der Versorgungssicherheit. Die Initiative riskiert, die Produktion in der Schweiz einzuschränken, ohne dass die Nachfrage verschwindet. Die Folge wären zusätzliche Importe – häufig aus Ländern mit deutlich tieferen Umwelt- und Tierschutzstandards. Das hilft weder dem Klima noch der Nachhaltigkeit. Zudem besteht die Gefahr, dass staatliche Eingriffe in Produktion und Konsum zu höheren Kosten führen. Am Ende zahlen die Konsumentinnen und Konsumenten die Rechnung – insbesondere Familien und Menschen mit tieferen Einkommen. Dabei dürfen wir nicht vergessen: Die Schweiz verfügt bereits heute über eine der nachhaltigsten Landwirtschaften der Welt sowie über hohe Umwelt-, Tierwohl- und Qualitätsstandards. Die Fortschritte der vergangenen Jahre wurden durch Innovation, Forschung und unternehmerische Initiative erreicht – nicht durch starre staatliche Vorgaben.

Die Abstimmung ist auch eine Entscheidung zwischen Vertrauen und Misstrauen. Vertrauen wir den Bürgerinnen und Bürgern, selbst zu entscheiden, was auf ihre Teller kommt? Vertrauen wir unseren Bauernfamilien, nachhaltig zu wirtschaften? Oder setzen wir auf mehr staatliche Vorgaben?



Eines der Top-Themen des sgv ist die Bekämpfung des Nanny-Staates. Warum brauchen wir plötzlich Bevormundung für etwas, das wir bislang immer selbst gekonnt haben? Warum soll der Staat weiter ausgebaut werden auf unsere Kosten? Sind wir nicht mehr fähig, selbst zu entscheiden, was auf unseren Teller kommt? Ich bin überzeugt: Die Schweiz fährt besser mit Freiheit und Eigenverantwortung als mit neuen Einschränkungen. Deshalb bitte ich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Ernährungsinitiative abzulehnen.

Herzlichen Dank.